

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Mai 2024

hauptstadt magazin

prime
time

theater

Seit 20 Jahren:

„Gutes Wedding,
schlechtes Wedding“



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Besoldung	
Die Geduld neigt sich dem Ende zu	4
Keine Arbeitszeitverlängerung ohne Abbau der Besoldungsdefizite	5
Lehrer	
Fast alle wollen verbeamtet werden	6
Personalratswahlen	
Richtig wählen!	7
Polizei	
Traurige Bilanz	8
Fahrradstaffel ohne Fahrräder	9
Tarifbeschäftigte gestärkt	9
Organspenden	
Digitales Register	10
Seminare	
Aktuelle Angebote	11
Titelthema	
Prime Time Theater	12
Unterhaltung	
Preisausschreiben	15
Verschiedenes	
Berliner Wirtschaft wächst	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

was hat sich der Senat nur dabei gedacht? Anstatt endlich einen Gesetzentwurf zur Angleichung der Berliner Besoldung an das Bundesniveau vorzulegen, will er zunächst mit einer Regelung vorpreschen, die die Lebensarbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten verlängert. Diese Reihenfolge stimmt ganz und gar nicht, hat der dbb berlin bereits klargestellt: Erst wenn die aufgeschobenen besoldungspolitischen Hausaufgaben erledigt sind, kann eine Debatte über die Lebensarbeitszeit geführt werden!

Wie Fehlentscheidungen zu unerwünschten personellen Konsequenzen führen, hat doch die viel zu lange verweigerte Lehrerverbeamtung gezeigt. Sicher wäre mit weiteren Abwanderungen zu rechnen gewesen, hätte die Politik nicht eingelenkt. Denn dass schon fast 80 Prozent der Berechtigten einen Antrag auf Verbeamtung gestellt haben, spricht Bände darüber, wie lange an den Interessen der Betroffenen vorbei entschieden wurde.

Um die Interessen der Beschäftigten dreht sich auch die Arbeit der Personalvertretungen. Im Herbst werden die Landesbediensteten an die Wahlurnen gerufen, um über die Zusammensetzung ihrer Personalräte zu entscheiden. Schon jetzt appelliert der dbb berlin an alle Wahlberechtigten, mit ihrer Stimmabgabe für die richtige Weichenstellung zu sorgen. Bewährte Garanten für sachliche und sachverständige Personalratsarbeit sind die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaften des dbb beamtenbund und tarifunion berlin.

Titelthema dieser Ausgabe ist das Prime Time Theater im Wedding. Die kleine Bühne sorgt mit ihren Aufführungen für etwas, das bei allen Sorgen und Frustrationen des Alltags auf keinen Fall auf der Strecke bleiben sollte: das Lachen und der Humor!

In diesem Sinne wünscht Ihnen eine gehörige Portion Heiterkeit und Frohsinn im Mai

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 21,

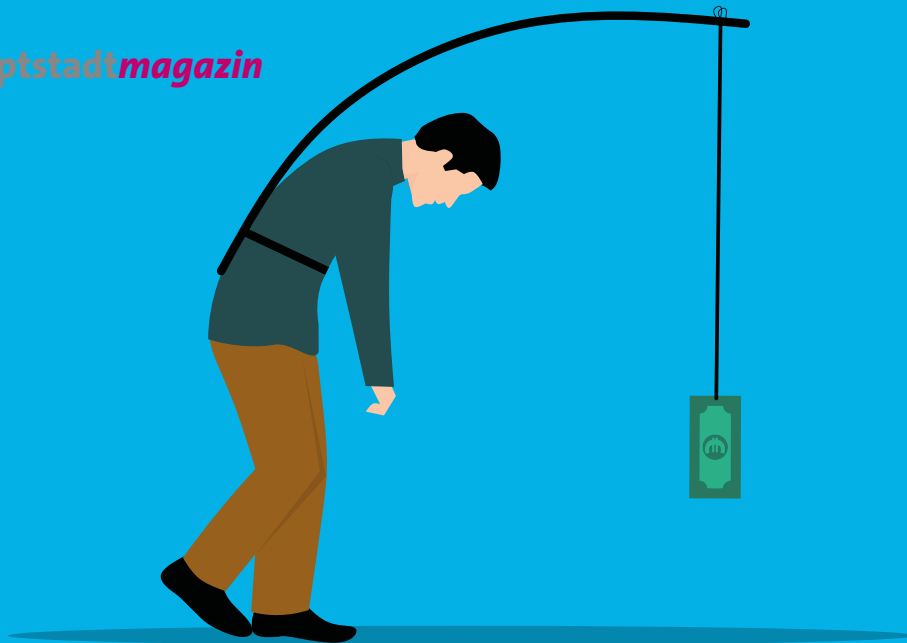
gültig ab 1.1.2024. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Raphael Howein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Besoldung

Die Geduld neigt sich dem Ende zu

Die Geduld der Berliner Beamtinnen und Beamten wird in Sachen Besoldung nach wie vor arg strapaziert. In einem Interview mit der Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 8. April 2024) hat dbb Landeschef Frank Becker davor gewarnt, dass die Motivation der Kolleginnen und Kollegen auf der Strecke bleiben könnte, wenn die von der Koalition zugesagte Angleichung der Besoldung der Berliner Landesbeamten nicht bald in Angriff genommen wird.

Dann würden möglicherweise nicht mehr so viele Überstunden gemacht werden, die gegenwärtig notwendig sind, um das Arbeitspensum überhaupt bewerkstelligen zu können. „Das würde dann dazu führen, dass die Wartezeiten in den Behörden für die Berlinerinnen und Berliner noch länger werden. Dabei sind sie ja jetzt schon eine Katastrophe, das kann ja eigentlich niemand wollen“, zeigte Becker mögliche Konsequenzen auf, wenn die überfällige Anpassung nicht bald realisiert wird.

Gebrochene Versprechen

Die Beamtinnen und Beamten in Berlin fühlten sich seit Langem verschaukelt. „Der Senat hat schon unter dem damaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit überall Kürzungen vorgenommen. Er hat das Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld abgeschafft, gleichzeitig aber versprochen, dass das irgendwann wieder zurückgenommen wird. Doch das ist alles bis jetzt nicht passiert“, erinnerte Becker an die zahlreichen Sonderopfer, die den Landesbeamten auferlegt worden sind. Zugleich ließ der dbb Landesvorsitzende unmissverständlich wissen: „Wir wollen jetzt einfach das bekommen, was uns zusteht, wenn nötig, dann auch mithilfe des Bundesverfassungsgerichts.“

Personal wandert ab

Die Angleichung sei aber nicht nur eine Frage der Besoldungsgerechtigkeit: „Es ist eine Möglichkeit, die

Kolleginnen und Kollegen weiterhin bei der Stange zu halten. Berlin steht im öffentlichen Dienst vor wirklich großen Problemen. Rund 7.000 Stellen sind aktuell schon nicht besetzt, in den nächsten Jahren werden noch mehrere Tausend Beschäftigte in Rente beziehungsweise Pension gehen. Da kann das Land es sich einfach nicht erlauben, die Landesbeamtinnen und -beamten schlechter zu bezahlen. Denn sonst wechseln nämlich bald noch viel mehr Kolleginnen und Kollegen in die besser bezahlten Jobs in den Bundesbehörden und dem Land fehlen überall die Leute“, warnte Becker.

Mindestabstandsgebot einhalten

Im Zusammenhang mit der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung verwies Becker erneut auf die Notwendigkeit, auch das Mindestabstandsgebot gegenüber der Sozialhilfe zu wahren: „Diese Anpassung muss auf jeden Fall sein. Denn durch die seit Jahresbeginn wirksame Erhöhung des Bürgergelds ist das gesetzliche Mindestabstandsgebot nicht mehr gegeben. Aktuell bekommt eine Familie, die Bürgergeld bezieht, unter dem Strich fast so viel wie ein Beamter in einer unteren Besoldungsgruppe. Das darf eigentlich nicht sein. Zu diesem Schluss ist auch das Bundesverfassungsgericht in verschiedenen Verfahren gekommen und hat zugunsten der Beamten geurteilt. Diese Forderung nach Wahrung des Mindestabstands ist für uns deshalb unumgänglich.“ ■

dbb berlin

Keine Arbeitszeitverlängerung ohne Abbau der Besoldungsdefizite!

„Erst müssen die Besoldungsdefizite, unter denen die Berliner Landesbeamtinnen und -beamten seit vielen Jahren leiden, abgebaut werden, bevor eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch nur andiskutiert werden kann“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker Informationen, wonach den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes in Berlin noch im Mai 2024 ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf das 67. Lebensjahr zugehen soll.

Die Stellungnahme des dbb berlin wäre dazu mehr als eindeutig: Zustimmung auf gar keinen Fall geben, bevor der Senat und das Abgeordnetenhaus nicht endlich ihre besoldungspolitischen Hausaufgaben erledigt haben! Und die sind außerordentlich umfangreich!

Auch wenn Berlin das zweite Bundesland war, das die Inflationsausgleichszahlung an die Beamtinnen und Beamten gezahlt hat, so fehlt doch immer noch ein Gesetzentwurf zu der von der Regierungskoalition fest zugesagten Angleichung der Berliner Besoldung an das Bundesniveau. Und in Sachen amtsangemessener Alimentation kneift der Senat vor analogen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bei den Richtern weiter beide Augen zu und setzt, wie schon die Vorgängerregierungen, auf eine Verzögerungstaktik zulasten der Betroffenen, anstatt seiner Verpflichtung zu einer verfassungsgemäßen Bezahlung nachzukommen. Einbußen beim Weihnachtsgeld und die komplette Streichung des Urlaubsgeldes sind entgegen anders-

lautender fester Zusagen nicht wieder kassiert worden und von den Nullrunden, die das Besoldungsniveau in Berlin jahrelang auf den bundesweiten Tiefstand gedrückt haben, will niemand mehr etwas wissen.

Unverständnis und Empörung

Angesichts dieses Berges unerledigter Altlasten muss ein Gesetzentwurf zur Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit, bevor noch nicht einmal das Ergebnis der letzten Tarifrunde auf die Beamten gesetzlich geregelt ist, auf völliges Unverständnis stoßen, wenn nicht gar provokativ auf die Betroffenen wirken.

Empörung dürfte insbesondere auslösen, dass ausgerechnet ein Ländervergleich dafür herhalten soll, um den sich Berlin bei seiner Beamtenbesoldung nicht geschert hat, bis das Personal in Scharen abgewandert ist und die Funktionsfähigkeit der Exekutive auf der Kippe stand. ■

Senat will „Beschäftigtenwohnen“ forcieren

Eine Koordinierungsstelle und eine Koordinierungsgruppe bei der Senatsverwaltung für Inneres sollen die Errichtung von Wohnraum für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes und der Landesunternehmen gezielt forcieren. Das hat der Berliner Senat am 16. April 2024 beschlossen.

Ziel der Maßnahme ist es, den Gesamtprozess, der auf Personalgewinnung und die Bindung von Landesbeschäftigten abzielt, zu steuern und zu beschleunigen. Bau und Bewirtschaftung von Wohngebäuden des Beschäftigtenwohnens sollen nach dem Senatsbeschluss die landeseigenen Wohnungsunternehmen und die Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH übernehmen.

Die Unternehmen und die Anstalten öffentlichen Rechts des Landes Berlin wurden beauftragt, ihre Liegenschaften auf un- beziehungsweise untergenutzte

Flächen zu untersuchen, die für Wohnungsbauten für die Beschäftigten vorgesehen werden können.

Nach Angaben von Finanzsenator Stefan Evers vermietet die landeseigene Berlinovo bereits rund 5.500 Wohneinheiten an Landesbeschäftigte. Bis 2028 soll diese Zahl um weitere 1.000 Wohneinheiten ansteigen. Denn im Wettbewerb um die besten Köpfe sei das Beschäftigtenwohnen für viele Bewerber ein nicht zu unterschätzender Entscheidungsfaktor, begründete der Senator diese Absicht. ■

Berliner Lehrer

Fast alle wollen verbeamtet werden

Seit das Berliner Abgeordnetenhaus vor gut einem Jahr beschlossen hat, dass angestellte Lehrkräfte in Berlin bis zur Altersgrenze von 52 Jahren verbeamtet werden können, haben von den rund 16.000 angestellten Berliner Lehrkräften, die die formalen Voraussetzungen erfüllen, mehr als 12.500 einen Antrag auf Verbeamtung gestellt.

Die große Nachfrage nach der Verbeamtung wundert dbb Landeschef Frank Becker allerdings nicht, im Gegenteil, der dbb berlin geht von weiteren Anträgen der übrigen 3.500 Lehrkräfte aus. Gegenüber der Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 18. April 2024) zeigte sich Becker darüber hinaus überzeugt, dass aufgrund ihrer Verbeamtung künftig sehr viel weniger Lehrkräfte als bisher Berlin den Rücken kehren werden.

Wegen des chronischen Personalmangels in der Landesverwaltung geht die Bearbeitung der Anträge

allerdings leider nur sehr schleppend voran. Bisher wurden den Angaben der Bildungsverwaltung zufolge lediglich 1.600 Anträge bewilligt und 213 weitere zumeist wegen Überschreitens der Altersgrenze abgelehnt.

Bearbeitet werden zunächst die Anträge derjenigen, die der Altersgrenze am nächsten sind. Nach Informationen der Berliner Morgenpost soll die Lehrer-
verbeamtung aber in den kommenden Monaten deutlich Fahrt aufnehmen. ■

Beihilfe

KI entlarvt Unregelmäßigkeiten

Die Beihilfestelle hat sich bei der Betrugsprävention stärker aufgestellt und setzt – neben klassischen organisatorischen Maßnahmen – zusätzlich wirkungsvolle technische Kontrollmaßnahmen ein. Die Früherkennung von Betrugsverdachtsfällen wird durch den Einsatz der KI-Technologie Watson unterstützt.

Wie die Senatsverwaltung für Finanzen auf eine Anfrage des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses mitteilte, wurde diese technische Unterstützung von den Gerichten und dem Rechnungshof gefordert, um eine enge Kontrolldichte sicherzustellen. Präventiv soll auf diese Weise betrügerisches Vorgehen verhindert werden.

Bereits über einen Millionenschaden hat Watson durch unrechtmäßig beantragte Beihilfe seit 2023 aufgedeckt. Die erkannten Unregelmäßigkeiten sind bei nahezu allen Aufwendungsarten der Beihilfe aufgetreten. Sie reichen von Fahrtkosten über Heilbehandlungen, Medikamentenkosten und klassischen ärztlichen Leistungen bis hin zu

zahnärztlichen oder stationären Leistungen in Krankenhäusern oder Rehabilitationseinrichtungen.

Betont wurde von der Senatsverwaltung, dass der Einsatz von Watson vor allem darauf ausgerichtet sein soll, durch sorgfältige Überwachung keinen Anreiz für Fehlverhalten zu bieten. Zugleich sollen dadurch Mittel von unrechtmäßig gezahlten Beihilfen wieder vereinnahmt werden.

Da es sich bei der Technologie um ein lernendes System handelt, rechnet die Senatsverwaltung mittelfristig noch mit leicht steigenden Aufdeckungszahlen. ■

Richtig wählen und effektive Personalratsarbeit sichern!

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat wegen der hohen Bedeutung der ab Oktober anstehenden Personalratswahlen schon jetzt an die Landesbeschäftigten appelliert, mit ihrer Stimmabgabe für die richtigen Weichenstellungen zu sorgen.

Gegenüber dem hauptstadt magazin sagte Becker:

„Die Herausforderungen für die Personalvertretungen sind nicht kleiner geworden. Im Gegenteil, infolge der Krisen der letzten Jahre stehen die Gremien vor noch umfangreicheren und kompakteren Aufgaben. Allen voran sorgt der wachsende Personalmangel im Land Berlin für große Unruhe und setzt die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich einer hohen Belastungsprobe aus. In vielen Verwaltungen ist die Grenze des Zumutbaren für die Beschäftigten bereits überschritten. Dasselbe gilt aber auch für die Bevölkerung, die mit Recht schnellere Leistungen des Landes Berlin erwarten darf.

Auch in den regelmäßigen Beratungen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort spielt die Überlastung immer wieder eine große Rolle.

Mitsprache bei wichtigen Weichenstellungen

Vor allem aber stehen die Personalräte bei vielen wichtigen Entscheidungen über die Beschäftigungsbedingungen an vorderster Front. Dazu zählen:

- > flexible Arbeitszeitregelungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege,
- > der Ausbau und die flexiblere Handhabung von Tele- und mobiler Arbeit,
- > die Einbindung der Erfahrungen und Kompetenzen der Beschäftigten bei der Planung der Digitalisierung von Arbeitsprozessen,
- > ein den Aufgaben entsprechender Personalaufwuchs,
- > der Abbau belastender Mehrarbeit und Überstunden,
- > gerechte Verteilung von Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten,
- > gerechte Bezahlsstrukturen,
- > effektiver Arbeits- und Gesundheitsschutz.

In all diesen Fragen stehen die Personalvertretungen den Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite und beraten die Dienststellenleitungen.

Ich rufe deshalb alle Wahlberechtigten bereits heute auf: Gehen Sie wählen! Ihre Stimme entscheidet mit darüber, wer Ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn vertritt. Und Ihre Stimme stärkt die Position der Personalvertretung bei Verhandlungen mit der Dienststellenleitung.

Votum für Sachlichkeit und Kompetenz

Entscheiden Sie sich für eine sachliche und sachverständige Personalratsarbeit und wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaften des dbb beamtenbund und tarifunion berlin.“ ■

Polizeiliche Kriminalstatistik

Traurige Bilanz

Für das Jahr 2023 wurden in Berlin 536.697 Straftaten in der im April veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 16.870 Fälle beziehungsweise 3,2 Prozent. Insbesondere in den Bereichen der Gewaltkriminalität und dort vor allem im öffentlichen Raum stieg die Zahl der Delikte. Insgesamt 48.254 Körperverletzungen weist die Statistik aus.

Besonders erschreckend ist auch die weiter zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und sonstige Rettungsdienste. 9.603 Dienstkräfte der Polizei Berlin wurden im Einsatz angegriffen, das bedeutet eine Zunahme von 10,1 Prozentpunkten. Bei der Feuerwehr und sonstigen Rettungsdiensten war sogar mit 376 Angriffen ein 22,5-prozentiger Zuwachs zu verzeichnen.

Auch im privaten Lebensbereich ist die Gewalt eskaliert: 18.784 Menschen – zu 70 Prozent Frauen – wurden hier Opfer von Gewaltdelikten. Das entspricht einer Zunahme von 8,8 Prozentpunkten gegenüber 2022 und ist der Höchstwert in den vergangenen zehn Jahren. Drei Viertel der Täter waren männlich.

Ebenfalls auf einen Höchststand kletterte bei den Eigentumsdelikten der Kfz-Diebstahl mit 7.781 Fällen. Gegenüber 2022 wurden rund 2.200 Fälle mehr registriert, was der enormen Zunahme um 39,4 Prozent entspricht. Ähnlich hoch ist der Anstieg von Fahrraddiebstahl bei Kellereinbrüchen.

Dramatischer Anstieg antisemitischer Taten

6.420 Fälle politisch motivierter Kriminalität wurden im Berichtszeitraum registriert, ein Viertel oder 1.306 Fälle mehr als noch im Vorjahr. Besonders dramatisch ist der Anstieg antisemitischer Taten seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel. Die Fallzahlen kletterten um über 135 Prozent auf 892.

Auch die Opferzahlen bei der sogenannten queerfeindlichen Kriminalität schnellten um 148 Fälle beziehungsweise 27,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr in die Höhe.

Innensenatorin Iris Spranger führte die wachsende Kriminalität unter anderem auf die Krisen der letzten Jahre zurück. Corona, Inflation, Krieg in der Ukraine, Migration und Hamas-Terror in Israel suchten sich ihr Ventil. Polizeipräsidentin Barbara Slowik sieht weitere Ursachen im stetigen Wachstum der Metropole

Berlin und in den Aktionen der Letzten Generation. Außerdem bleibe Berlin in starkem Ausmaß der Aktionsraum professioneller, auch grenzüberschreitend agierender Tätergruppierungen.

In einer Veröffentlichung der DPolG Berlin heißt es demgegenüber, in erster Linie sei es nebensächlich, ob soziale, wirtschaftliche oder politische Faktoren für den hohen Kriminalitätsanstieg verantwortlich seien. Größtmögliche Sicherheit sei nur durch ein gemeinsames Miteinander aller Behörden und sozialen Akteure in der Stadt zu erreichen.

Stotternde Maschine

Wörtlich heißt es in dem DPolG-Beitrag: „Die Sicherheit in unserer Stadt kann betrachtet werden wie eine stotternde Maschine. Damit diese wieder schnurrt, braucht es eine ordentliche Wartung, die richtigen Zulieferer und das passende Werkzeug.“

Die Berliner verlassen sich auf ihre Polizei. Aber bei über 70.000 Gewalttaten ist deutlich zu sehen: Das Werkzeug stimmt nicht.

Mit den gestiegenen Zahl der tatverdächtigen Kinder (34 Prozent) und Jugendlichen (27 Prozent) sehen wir auch, dass die Strategie des Senats in Sachen Jugendarbeit auf den Prüfstand gehört. Ob es der Ansatz und die Kommunikationsstrategie der sozialen Träger ist oder die Träger selbst, muss offen bewertet und evaluiert werden. Das sind wir nicht nur der Stadt, sondern auch den jungen Menschen selbst schuldig, für die wir als Gesellschaft die Verantwortung tragen. Wir können es uns nicht leisten, diese Generation zu verlieren.“

**DPoIG Berlin fordert
rückhaltlose Aufklärung**

Fahrradpolizisten ohne Fahrräder

Die DPoIG Berlin verlangt eine rückhaltlose Aufklärung des Fahrradpfuschs bei der Berliner Polizei. Nach einem Bericht der Berliner Zeitung vom 15. April 2024 sind 155 polizeieigene mangelbehaftete Fahrräder aus dem Verkehr gezogen worden, wodurch die Einsatzfähigkeit der Fahrradstaffel erheblich beeinträchtigt ist.

Wie die Zeitung meldet, ist für 68 Fahrräder die Nutzung untersagt worden, weil eine erhöhte Sturzgefahr wegen „ungeeigneter Verlegung“ von Schaltzügen und Bremsleitungen bestehen soll. 87 weitere Räder einer anderen Marke seien stillgelegt worden, nachdem die Vorderradbremse bei Gefahrenbremsungen in einem Fall versagt hatte. Ersatz für die aus dem Verkehr gezogenen Räder stehe nicht zur Verfügung.

Dazu DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf: „Bei der Ausschreibung beziehungsweise Beschaffung von polizeilichen Diensträdern müssen offenbar höhere Standards angesetzt werden.“ Die dienstliche Beanspruchung sei nicht mit Privatgebrauch gleichzusetzen. „Der Schutz der eingesetzten Dienstkräfte muss im Vordergrund stehen. Der Verkäufer der Räder muss außerdem einen unkomplizierten, schnellen Service und eine Wartung wie bei Gewerbekunden gewährleisten, damit die Arbeitsfähigkeit der Radstaffel und -streifen nicht gefährdet wird“, forderte Pfalzgraf. ■

Tarifbeschäftigte gestärkt

Der Berlin Senat hat die Befugnisse der Dienstkräfte der Polizei, die nicht verbeamtet sind und künftig als Beschäftigte bezeichnet werden, gestärkt.

Für sie soll künftig nicht nur die neue Bezeichnung „Polizeibeschriftete“ gelten, je nach Aufgabenkreis erhalten bestimmte Gruppen von ihnen punktuell auch weitere Befugnisse. Diese betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten und die zwangsweise Durchsetzung der Identitätsfeststellung. Die Polizeibeschrifteten im Objektschutz erhalten zusätzliche vollstreckungsrechtliche Befugnisse im Zusammenhang mit der Umsetzung beziehungsweise Sicherstellung von Fahrzeugen.

Die Polizeibeschrifteten der Berliner Polizei, heißt es dazu in einer Pressemitteilung der Senatskanzlei, leisten seit Langem einen erheblichen Beitrag für die Sicherheit unserer Stadt. Dazu zählen die Bereiche Objektschutz und Gefangenenbewachung, die Verkehrsüberwachung und die Ermittlungsarbeit. Durch ihre Arbeit entlasten sie in erheblicher Weise die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten, die für die von ihnen zu übernehmenden Aufgaben größere Kapazitäten erhalten. ■



Organspenden

Digitales Register gestartet!

Wer zur Organspende bereit ist, kann dies ab Mitte März auch online unter www.organspende-register.de hinterlegen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte (BfArM), das die Datenbank eingerichtet hat und auch führt, will mit dem zentralen elektronischen Organspenderegister insbesondere den Informationsfluss mit den Kliniken beschleunigen. Denn Organtransplantationen sind immer ein Rennen gegen die Zeit.



© Carol Neukirch

Inhaber eines
Organspende-
ausweises:
Mitglieder der
dbb Landesleitung
und der Regieren-
de Bürgermeister
Kai Wegner (Mitte)

In das Register kann jeder kostenlos seine Entscheidung für oder gegen eine Organ- und Gewebespende online eintragen. Voraussetzung ist allerdings ein Personalausweis mit aktivierter Onlineausweisfunktion (eID) und der dazugehörigen PIN. Ab spätestens 30. September 2024 soll man sich auch über die Internetportale der Krankenkassen mittels GesundheitsID authentifizieren können.

Die genauen Wege zur sicheren Authentifizierung werden detailliert in Wort und Bild beschrieben unter www.organspende-info.de.

Notwendig sind diese Verfahren, weil die Sicherheit der Daten natürlich höchste Priorität hat und nach Auskunft des BfArM höchsten Anforderungen entspricht. Nur die Spenderinnen und Spender selbst und entsprechend berechtigtes Personal im Krankenhaus kann auf die Erklärungen zugreifen. Im Übrigen kann der Eintrag auch jederzeit geändert oder gelöscht werden.

Stufenweiser Aufbau

Noch sind nicht alle Krankenhäuser, die Organtransplantationen vornehmen, angebunden und auch die zugelassenen Gewebeeinrichtungen fehlen noch in der Datenbank. Der stufenweise Aufbau der Datenbank soll aber zum 1. Januar 2025 abgeschlossen sein. Bis zu diesem Zeitpunkt wird parallel auf jeden Fall noch zusätzlich der Organspendeausweis benötigt. Aber auch danach bleibt der Ausweis neben dem Organspenderegister weiter gültig. Andere Dokumente, wie zum Beispiel eine Patientenverfügung, können ebenfalls weiter genutzt werden. Gibt es mehrere Dokumente, so gilt immer das jüngste.

Spendenbereitschaft immer noch zu gering

Nach wie vor ist die Spendenbereitschaft in Deutschland unzureichend. Die Zahl der Organspenden ist in 2023 zwar leicht gestiegen, jedoch besteht nach wie vor ein sehr großer Mangel an Spenderorganen.

Über 8.000 Menschen stehen laut der Deutschen Stiftung Organtransplantation auf der Warteliste für ein neues Organ. Die meisten von ihnen warten auf eine Niere, einige sogar auf eine kombinierte Transplantation von mehreren Organen.

Aktion des dbb berlin

Der dbb berlin hatte im vergangenen Jahr in einer breit angelegten Aktion für mehr Bereitschaft zur Organspende geworben und eine große Zahl bekannter Persönlichkeiten aus der Berliner Stadtgesellschaft, unter anderem den Regierenden Bürgermeister der Stadt, Kai Wagner, als Unterstützer gewinnen können. Dazu dbb Landeschef Frank Becker: „Der Registereintrag und der Ausweis sind schnell ausgefüllt und können Menschenleben retten!“ ■

dbb berlin mit aktuellen Seminarangeboten

Eine ganze Reihe interessanter Seminare bietet der dbb berlin in den kommenden Monaten an. Die meisten Schulungen finden im Zusammenhang mit den diesjährigen Wahlen der Beschäftigtenvertretungen statt und sind, wie auch eine weitere Veranstaltung zu wichtigen arbeitsrechtlichen Entscheidungen, Mitgliedern vorbehalten, die im aktiven Dienst stehen.

Am 19. Juni 2024 findet das Seminar „Wegweisende Rechtsprechungen im Arbeits- und Tarifrecht“ statt.

Rechtsanwalt Hans Olbert informiert bei der Veranstaltung über aktuelle arbeitsrechtliche Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts und über EU-Urteile unter anderem zu Arbeitszeit, Urlaub, Krankheit und Gleichstellung,

Programm und Anmeldevordruck können heruntergeladen werden unter: www.dbb.berlin/service/schulungen/

Termine vormerken!

In Vorbereitung befinden sich darüber hinaus folgende Veranstaltungen, die aber bereits fest terminiert sind:

> **Schulungen für Mitglieder von Jugend- und Auszubildendenvertretungen**

26.–27. Juni 2024; 8.–9. Juli 2024

> **Wahlvorstandsschulungen zur Frauenvertreterinnenwahl**

12. August 2024; 20. August 2024;
10. September 2024; 16. September 2024

Fest geplant

Noch nicht terminiert, aber fest eingeplant sind mehrere **Wahlvorstandsschulungen**, weil die Novellierung der Wahlordnung und die dafür notwendigen gesetzlichen Änderungen noch ausstehen. ■

Fachkommissionen tagten

Ende April haben zwei Fachkommissionen des dbb berlin wichtige Entscheidungen vorbereitet.

Der Finanzausschuss hat unter Leitung des dbb Landesvorsitzenden Frank Becker am 23. April den Jahresabschluss 2023 und den Haushalt 2024 beraten und zur Beschlussfassung vorbereitet. Nach der Rechnungsprüfung und der Beratung in der Landesleitung stand die endgültige Verabschiedung auf der Tagesordnung des dbb Landeshauptvorstands am 29. April 2024.

Mit den Vorbereitungen zum Lesbisch-Schwulen Stadtfest am 20./21. Juli 2024, bei dem der dbb berlin alljährlich mit einem Infostand vertreten ist, hat sich die Fachkommission für Diversity und Queerpolitik unter Leitung von Alexander Wurl am

22. April 2024 befasst. Unter anderem soll ein neuer Flyer über das Engagement des dbb berlin in Sachen Diversity informieren. Die Fachgewerkschaften sind ausdrücklich eingeladen, sich personell und auch mit eigenen Materialien an der Ausstattung des dbb Standes zu beteiligen, der erfahrungsgemäß von zahlreichen Landespolitikerinnen und -politikern besucht werden wird.

Weitere Fachkommissionen des dbb berlin befassen sich mit Organisation und Satzung, Dienstrecht, Rechte der Beschäftigtenvertretungen, Informations- und Kommunikationstechnik, öffentliche Sicherheit und den Belangen der Menschen mit Behinderungen. ■



Oliver Taurat
und sein Alter
Ego Kalle

Der Erfolg des Prime Time Theaters hat einen Namen

GUTES WEDDING SCHLECHTES WEDDING®

Dem Prime Time Theater im Wedding ist seit 20 Jahren das Kunststück gelungen, sich gegen die Vielzahl teils ausgesprochen namhafter Berliner Bühnen zu behaupten – und das ist vor allem einem Mann zu verdanken, dem Gründer, Intendanten und Hauptdarsteller Oliver Taurat.

Oliver Taurat ist ein Multitalent und ein Komödiant im besten Shakespeare'schen Sinne. „Ich will mein Publikum mitnehmen, lachen sehen und berühren“, skizziert er im Gespräch mit dem hauptstadt magazin die Zielrichtung des kleinen Komödientheaters.

Das gelingt seit 20 Jahren ganz hervorragend mit der Sitcom „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“;

einem Format, bei dem Taurat allabendlich in die Rolle des Postboten Kalle schlüpft und mit umwerfender Komik wahre Lachstürme bei seinem Publikum auslöst. „Kalle“ verkörpert eine Art Hofnarr und der Part ist Taurat praktisch auf den Leib geschrieben. Schon optisch ist die schrille Figur mit Vokuhila, Schnäuzer und gelbem „P(r)ost“-Shirt ein Hingucker und ihr Auftreten – auch in anderen ähnlich schrägen Kostümierungen – ist stets mit

viel Witz, Situationskomik und durchaus auch ein wenig Klamauk verbunden, jedoch ohne je in Schmiere oder Platttheit abzugleiten. „Als Kalle kann ich fast alles machen und auch eher ungeliebte Wahrheiten zum Besten geben“, freut sich Tautorat, der mittlerweile auch zur Auflockerung privater und geschäftlicher Feiern als „Kalle“ eingeladen wird. Selbst beim Sommerfest des Regierenden Bürgermeisters war der schräge Postbote mit von der Partie.

„Theaterchef zum Anfassen“

Als Kalle begrüßt Tautorat auch allabendlich sein Publikum. Nicht von der Bühne herab, sondern schon im Vorfeld am Eingang. Auch nach der Vorstellung ist er ein „Theaterchef zum Anfassen“ und steht wie seine Schauspielerkolleginnen und -kollegen auch für Fotos oder Gespräche in dem dem Theater angeschlossenen kleinen Café zur Verfügung.

„Für mich ist es immer wieder eine Freude, so grundverschiedene Menschen, wie sie in dem kleinen Theater zusammentreffen, kennenzulernen und sie bei der Vorstellung gemeinsam Lachen und den Alltag vergessen zu sehen“, beschreibt der Vollblutkomiker, der zugleich Betriebsleiter, Intendant und nicht zuletzt warmherziger Gastgeber ist, die Motivation für seinen enormen Einsatz.

Neugier auf Menschen und Entdeckerfreude zeichnen Tautorat aus, Eigenschaften, die den in München ausgebildeten Schauspieler letztlich vor über 20 Jahren in das gegenüber der bayerischen Landeshauptstadt eher unberechenbare und turbulente Berlin und in den Bezirk Wedding verschlagen haben.

Organisch gewachsen

Dass er in dem bis dahin bühnenlosen Stadtteil relativ bald zum Direktor eines Theaters avancieren würde, war keineswegs geplant und hat sich nach der Anmietung eines Proberaums für einen Festivalbeitrag fast von selbst ergeben. „Um Miete und Nebenkosten abzudecken, haben meine damalige Lebensgefährtin und ich den Raum für kleine kurze Darbietungen vor Publikum genutzt, die im Laufe der Zeit lang und länger wurden. Das Theater ist sozusagen organisch gewachsen“, schildert Tautorat die Anfänge.

20-jähriges Jubiläum

Schon bald reichte auch der Proberaum nicht mehr aus und ein größeres Haus musste her. Das war der Beginn des Prime Time Theaters, das in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum feiert. Zeitgleich trat die Sitcom „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“ ihren einzigartigen Siegeszug in dem Komödientheater an, die an Langlebigkeit der namensverwandten

Erwartungsvolle
Zuschauer



Fernsehproduktion nicht nachsteht. Ein Hinweis auf die Fernsehverwandtschaft darf deshalb auch in keiner Folge der Sitcom fehlen. Tatsächlich stand schon bei den ersten Aufführungen ein alter Röhrenfernseher auf der Bühne und hat selbst gedrehte Filme übertragen, erinnert sich Tautorat. Heute ist die Technik längst auf der Höhe der Zeit und vermag nicht nur großformatige Fernsehbilder zu vermitteln, sondern verzaubert das Publikum auch mit den abwechslungsreichsten Bühnenbildern. Genauso abwechslungsreich ist der schnelle Rollenwechsel aller beteiligten Schauspielerinnen und Schauspieler, die an einem Theaterabend durchweg mehrere, oft gegensätzliche Charaktere verkörpern und in Windeseile meist völlig umkostümiert und umgestylt ihren neuen Part auf der Bühne aufnehmen.

Humor großgeschrieben

Ohne zwischenzeitliche Stürme ist die erfolgreiche Entwicklung des Theaters im Wedding aber auch nicht abgegangen. 2019 stand der Betrieb sogar kurz vor dem Aus. Mithilfe der RAZ KULTUR GGMBH konnte glücklicherweise weitergespielt werden, denn auf ein Volkstheater, in dem herzlich gelacht werden darf, kann Berlin trotz seiner zahlreichen Bühnen nicht wirklich verzichten – schon gar nicht in diesen ernsten Zeiten. „Der Sinn für Humor gilt ohnedies nicht als Stärke der Deutschen“, ergänzt Oliver Tautorat, „denn während der Naziherrschaft ist er ihnen gründlichst ausgetrieben worden und nach dem damaligen Verschwinden vieler hochkarätiger Humoristen kann er sich erst allmählich wieder entfalten.“ Oliver Tautorat, in dessen Augen meist ein schelmisches Funkeln liegt, hat jedenfalls eine Überdosis Humor mit in die Wiege gelegt bekommen und erfreulicherweise ist er fest entschlossen, ihn mit möglichst vielen Menschen zu teilen. Für die Zukunft wünscht er sich deshalb vor allem ein volles Haus voller lachender Gäste.

Der Wunsch ist keineswegs utopisch. So ist erst Mitte letzten Monats mit „In einem Wedding vor unserer Zeit, Teil 2“ ein Stück herausgekommen, bei dem Tautorat und sein Ensemble die Lachmuskeln der Zuschauer wieder auf eine sehr harte Probe stellen.

Wer gern mitlachen will, sollte sich schnell einen der 230 Plätze im Prime Time Theater sichern. Teil 1 muss man zum Verständnis des Stücks übrigens zuvor nicht gesehen haben. Das gilt für jede Folge der Sitcom, die immer eine in sich geschlossene Handlung beinhaltet, die sich nicht nur Wedding-Bewohnern erschließt. Dagegen ist eine vorherige Stärkung mit köstlichem Flammkuchen in dem theatereigenen RAZ-Café durchaus empfehlenswert.

Mehr infos: www.primetimetheater.de



Gute Stimmung im RAZ-Café

Kalle und Margot in Love

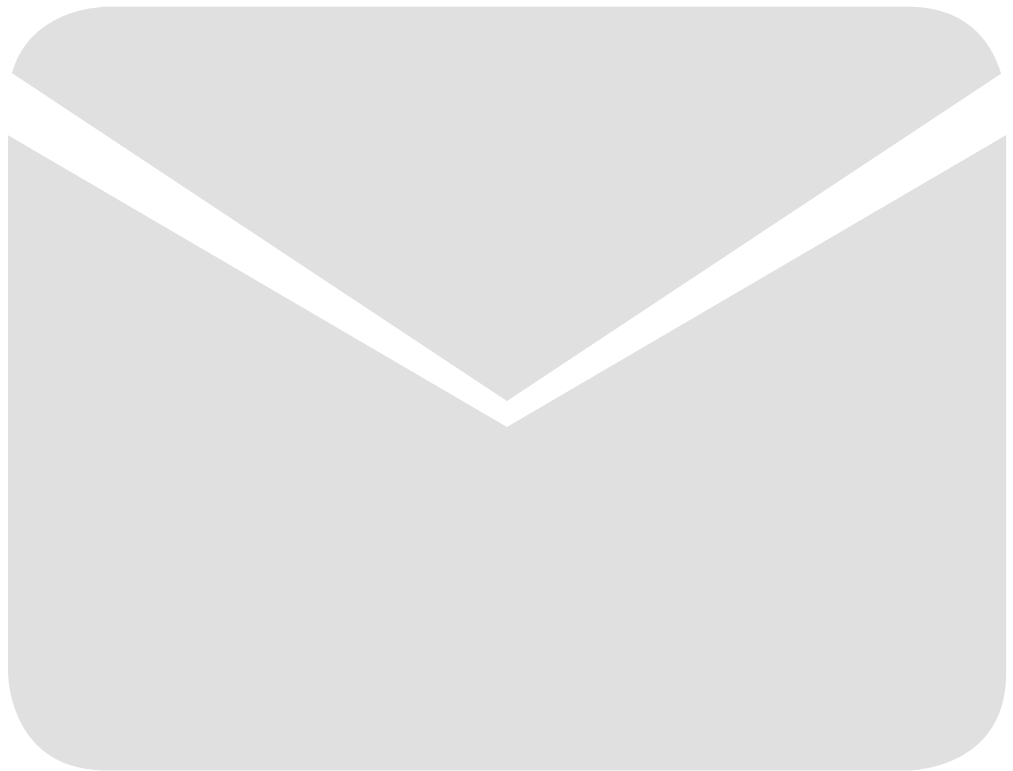
Auch im aktuellen Programm „In einem Wedding vor unserer Zeit, Teil 2“ bleibt kein Auge trocken. Von einem flotten Cancan bis hin zu einem schmachtenden Kalle ist alles dabei. Ausgerechnet für die Spandauer Bürgeramtsleiterin Margot ist der Briefträger entflammt. Da trifft es sich nur zu gut, dass Margot gerade einen Band Contest veranstaltet. Denn unter den Bands ist auch „Rock 'n' Rohr“ ... mit Kalle an der E-Gitarre ...



Schmissiger Cancan ...



... und schmachtender Kalle



Berliner Wirtschaft wächst weiter

Gegenläufig zum nationalen Konjunkturtrend ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2023 in Berlin weiter gewachsen.

Nach vorläufigen Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg erhöhte es sich gegenüber dem Vorjahr real um 1,6 Prozent, womit die Wirtschaftsleistung der Hauptstadt sich – wie schon in den letzten zehn Jahren – besser als die gesamtdeutsche Wirtschaft entwickelt hat.

Bundesweit nahm das BIP 2023 um 0,3 Prozent ab. Nominal, das heißt ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung, betrug der Zuwachs in Berlin 8,0 Prozent, in Deutschland: 6,3 Prozent.

Der Wert aller in Berlin 2023 produzierten Waren und Dienstleistungen belief sich auf 193,2 Milliarden Euro. Das entsprach einem Anteil von 4,7 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt.

Wachstumstreiber der Berliner Wirtschaft waren die Dienstleistungsbereiche mit einem preisbereinigten Anstieg um 2,0 Prozent (Deutschland: 0,5 Prozent) gegenüber 2022. Mit einer Steigerung der Wertschöpfung um 6,2 Prozent steuerte der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation mehr als ein Drittel zum gesamten Berliner Wirtschaftswachstum bei. Starke Wachstumsimpulse gingen auch vom Handel, Verkehr, Gastgewerbe (2,6 Prozent), den Unternehmens- (2,0 Prozent) und den sonstigen Dienstleistern (3,2 Prozent) aus. ■



© Anne Nygård/Unsplash